Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
(Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.)

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme: Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1, Louis Lösche, Katharinenstr. 18 part. und Königsplatz 7, nur bis ½5 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 30 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unsr. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 128. Donnerstag den 8. Mai 1890. 84. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die diesjährige **Ostermesse** endet mit dem 10. Mai.

An diesem Tage sind die Buden und Stände auf den Plätzen **der inneren Stadt** bis 4 Uhr Nachmittags vollständig zu räumen, während deren Entfernung bis spätestens 8 Uhr Morgens des 11. Mai stattzufinden hat.

Die auf dem Augustusplatze und auf den öffentlichen Wegen und Plätzen der **Vorstadt** befindlichen Buden und Stände sind bis Abends 8 Uhr des 10. Mai zu räumen und in der Zeit vom 11. bis mit 14. Mai, jedoch lediglich während der Stunden von 6 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends abzubrechen und wegzuschaffen.

Vor dem 11. Mai darf mit dem Abbruche der Buden und Stände auf dem Augustusplatze nicht begonnen werden.

Dagegen ist es gestattet, Buden und Stände auf dem Roßplatze, welche vor Beendigung der Messe leer werden, früher abzubrechen und wegzuschaffen, sofern nicht dadurch Störung des Verkehrs oder Benachtheiligung des Geschäfts in den stehenbleibenden Buden herbeigeführt wird.

Es bleibt auch diesmal nachgelassen, die Schaubuden auf dem Roßplatze und Königsplatze, sowie diejenigen Stände daselbst, **an welchen nur Lebensmittel feilgeboten werden,** noch am 11. Mai geöffnet zu halten.

Die Schaubuden, sofern sie auf Schwellen errichtet, ingleichen die Carroussels und Zelte, sind bis Abends 11 Uhr des 13. Mai, diejenigen Buden aber, rücksichtlich deren das Eingraben von Säulen und Streben gestattet und eine längere Frist zum Abbruche nicht besonders ertheilt worden ist, bis längstens den 17. Mai, Abends 8 Uhr abzubrechen und von den Plätzen zu entfernen.

Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften, für deren Befolgung beziehentlich auch die betreffenden Bauhandwerker oder Bauunternehmer verantwortlich sind, werden mit Geldstrafe bis zu 150 ℳ oder entsprechender Haft geahndet werden.

Uebrigens haben Säumige auch die Obrigkeitswegen zu verfügende Beseitigung der Buden zu gewärtigen.

Leipzig, am 6. Mai 1890.

IX. 2941. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Leistner.

Bekanntmachung.

Am Freitag, den 2. Mai a. cr., in der Mittagsstunde ist einer von verschiedenen Geschäftswegen nach ihrer Wohnung im Hausgrundstücke „An der Pleiße" Nr. 2c zurückkehrenden Dame von einem unbekannten Mann, welcher sich ihr bis in die Hausflur nachgeschlichen, das unten näher beschriebene Portemonnaie mit Inhalt aus der Hand gerissen worden.

Der Unbekannte, welcher zunächst den Weg nach der Centralhalle zu genommen, gleich darauf in das Grundstück „An der Pleiße" Nr. 2f eingebogen, dort durch die Hausflur hindurchgelaufen ist und sodann den Weg nach der Promenadenstraße zu eingeschlagen hat, ist ca. 40 Jahre alt und von untermittlerer Statur gewesen, hat blasses, hageres Gesicht, dunklen Schnurrbart und ebensolchen kurzen Vollbart gehabt und blaue Bluse, darüber dunkles Jacket, blaue Schürze und seidene Mütze getragen.

Das Portemonnaie war alt und von rothbraunem Leder und hatte doppelten Verschluß; es enthielt 200 ℳ, bestehend aus einer Hundertmarknote — vermuthlich einer ziemlich neuen Reichsbanknote —, vier Doppelkronen, einer Krone und etwa 10 ℳ einzelnem Gelde, ferner das Loos Nr. 5269 der vorjährigen Königlich Sächsischen Landeslotterie, 3 kleine Schlüssel, eine Preismarke von dem Geschäftshaus Polich und einige Notizzettel.

Indem wir dies zur öffentlichen Kenntniß bringen, ersuchen wir Jedermann, von etwaigen Wahrnehmungen, die zur Ermittelung des Thäters dienen könnten, unverzüglich unsere Criminalabtheilung in Kenntniß zu setzen.

Leipzig, am 5. Mai 1890.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
VII. 1157. Bretschneider. W.

Bekanntmachung.

Verloren gegangen sind die Arbeitsbücher:

1) des am 31. August 1875 zu Ruschütz bei Gera geborenen Arbeiters **Otto Hermann Steinmetzger,** im Jahre 1889 unter Nr. 1371 hier ausgestellt;
2) der am 21. Mai 1872 hier geborenen Arbeiterin **Anna Auguste Rudert,** im Jahre 1888 unter Nr. 1062 hier ausgestellt;
3) des am 1. April 1870 in Torna bei Grimma geborenen Tapezierergehülfen **Isidor Franz Max Müller,** vom Stadtrath in Wurzen im Jahre 1888 ausgestellt;
4) des am 15. December 1873 in Altschönefeld geborenen Arbeitsburschen **Julius Wilhelm Max Richard Schraß,** im Jahre 1888 hier ausgestellt, und
5) des am 25. Juni 1872 hier geborenen Arbeitsburschen **Friedrich Eduard Guido Langbhr,** im Jahre 1886 unter Nr. 515 hier ausgestellt.

Wir bitten, diese Arbeitsbücher im Auffindungsfalle anher, Obstmarkt Nr. 3, 2. Etage, Zimmer 113b, abzuliefern.

Leipzig, am 29. April 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Petzoldt.

Bekanntmachung.

Die **Erd- und Maurer-Arbeiten** für den **Erweiterungsbau des städtischen Krankenhauses** sind vergeben.

Die unberücksichtigt gebliebenen Bewerber werden daher ihres Angebotes hiermit entlassen.

Leipzig, am 3. Mai 1890.

Ia $\frac{2780}{624}$ **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Rüling.

Steckbrief.

Gegen die am 12. Februar 1870 in Berlin geborene, zuletzt in Leipzig als Verkäuferin in Stellung gewesene ledige **Emilie Elisabeth Pohle,** welche flüchtig ist, ist die Untersuchungshaft wegen Hehlerei und Diebstahls verhängt.

Es wird ersucht, dieselbe zu verhaften und in das nächste Gerichtsgefängniß abzuliefern.

Leipzig, den 6. Mai 1890.

Der Untersuchungsrichter bei dem Königl. Landgericht.
Burkhardt, L.-G.-Rath.

Bekanntmachung.

Wegen Reinigung der Localitäten bleibt die **große Rathsstube**

Montag, den 12. ds. Mts.,

geschlossen.

Leipzig, den 5. Mai 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Gehrkel.

Bekanntmachung.

Nachdem
Herr **Karl August Fürchtegott Kobold,** Schankwirth, Leipzig-Volkmarsdorf, Wilhelmstraße 14,
die auf ihn gefallene Wahl zum Armenpfleger im 1. Districte Leipzig-Volkmarsdorf angenommen hat, ist derselbe am 1. Mai 1890 durch Herrn Districts-Vorsteher Diakonus Paul Weickel in dieses Amt eingewiesen worden.

Leipzig, am 5. Mai 1890.

Das Armendirectorium.
A. R. Pfl. 72. Ludwig-Wolf. Artus.

Wohnungs-Vermiethung.

In dem der Stadtgemeinde Leipzig gehörigen früheren Rathhausgrundstück in Leipzig-Anger-Crottendorf, Zwickauer Straße Nr. 1, ist eine im II. Stockwerk gelegene, aus 2 Stuben, 2 Kammern, 1 Küche und sonstigem Zubehör bestehende Wohnung vom 1. October ds. Js. ab gegen halbjährliche Kündigung anderweit zu vermiethen.

Miethgesuche werden auf dem hiesigen Rathhause, I. Stockwerk, Zimmer Nr. 8, entgegengenommen.

Leipzig, den 30. April 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia 2376. Dr. Georgi. Krumbiegel.

Bekanntmachung.

Die bei dem Bau und der Unterhaltung der hiesigen Stadt-Fernsprecheinrichtung beschäftigten Beamten sind sämmtlich mit Karten versehen, um auf Verlangen der Hausbesitzer oder der Inhaber von Fernsprechstellen oder sonstiger berechtigter Personen sich jeder Zeit über ihre Persönlichkeit ausweisen zu können.

Die betheiligten Hausbesitzer ꝛc. werden ersucht, den diesseitigen Beauftragten den Zutritt zu den Localitäten ꝛc. künftig nur dann zu gestatten, wenn diese Beauftragten entweder selbst im Besitze einer Ausweiskarte sich befinden, oder als Begleiter von mit Karten versehenen Personen erscheinen und von den letzteren ausdrücklich als in ihrer Begleitung befindlich bezeichnet werden.

Leipzig, 26. April 1890.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.
Walter. Ö.

Bau-Areal,

in **nächster Nähe des Bahnhofs** und der **Harthwaldung** schön gelegen, hat billig zu verkaufen **der Stadtrath zu Zwenkau.**

Die Thronrede.

Der Reichstag ist vorgestern durch den Kaiser in Person eröffnet worden, die Thronrede erhält dadurch eine erhöhte Bedeutung, der geschäftliche Charakter der Kundgebung bekommt eine persönliche Färbung, welche auch äußerlich durch die Betonung hervortritt. In der Rede spricht sich durchweg die kräftige Initiative aus, welche der Reichsregierung das Gepräge giebt. Der Kaiser hat seine Hauptaufgabe darin erkannt, dem Deutschen Reiche den inneren Frieden zu verbürgen und den Weltfrieden zu erhalten. Der innere Friede beruht auf der Zufriedenheit der verschiedenen Bevölkerungsclassen und auf dem gegenseitigen guten Verhältniß zu einander. Die innerhalb der staatlichen Ordnung berechtigten und erfüllbaren Wünsche der arbeitenden Bevölkerung sollen erfüllt und dadurch zugleich eine Schranke aufgerichtet werden gegen jeden Versuch, an der Rechtsordnung gewaltsam zu rütteln. Der Kaiser ist sich der Schwierigkeit dieser Aufgabe wohl bewußt und hat deshalb internationale Berathungen darüber herbeigeführt, wie sie ohne Gefährdung der wichtigsten Lebensinteressen der Arbeiter selbst geführt werden könne. Da hierdurch eine gegenseitige Annäherung der Völker veranlaßt ist, so wirkt dieser Gedankenaustausch zugleich wohlthätig auf die Sicherung und Befestigung des Weltfriedens ein. So bietet sich von selbst der Uebergang auf die militairischen Friedensbürgschaften dar, als deren starker Ausdruck ein schlagfertiges, den feindlichen Streitkräften ebenbürtiges Heer erscheint. Endlich erwähnt die Thronrede noch kurz die Bestrebungen, welche zur Unterdrückung des Sclavenhandels und zum Schutz der deutschen Interessen in Ostafrika dienen und schließt mit der Ankündigung, daß ein Theil der Reichsbeamten die dringend nothwendige Besoldungsverbesserung erhalten soll.

Die Grundgedanken der Thronrede sind in den beiden Haupttheilen derselben niedergelegt, der dritte und letzte Theil enthält nur eine geschäftsmäßige Mittheilung der beabsichtigten Maßregeln. Das vornehmste Interesse ist der Arbeiterschutz-Gesetzgebung zugewendet, und schon aus der Ausführlichkeit, mit welcher der dieser Aufgabe gewidmete Theil der Thronrede behandelt ist, läßt sich der Werth erkennen, welchen der Kaiser selbst darauf legt. Den Anlaß zur Prüfung der Wünsche der arbeitenden Bevölkerung haben, wie die Thronrede verdarbeit, die Ausstandsbewegungen des vorigen Jahres gegeben, und bei dieser Prüfung hat sich herausgestellt, daß die Vorschläge des letzten Reichstages bezüglich der Sonntagsruhe und der Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit ohne Nachtheil für andere Interessen zu gesetzlicher Geltung gebracht werden können. Die Reichsregierung ist aber in ihrer Prüfung noch weiter gegangen und hat ermittelt, daß auch Anordnungen zum Schutze der Arbeiter gegen Gefahren für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit der gesetzlichen Regelung bedürfen, sowie der Erlaß von Arbeitsordnungen und die Ergänzung der Vorschriften der Arbeitsbücher zu dem Zweck, das elterliche Ansehen gegenüber der zunehmenden Zuchtlosigkeit jugendlicher Arbeiter zu stärken.

Wenn alle diese Bestimmungen einem vorhandenen Bedürfniß entsprechen, so ist besonders die Ergänzung der Vorschriften der Arbeitsbücher der vollsten Zustimmung aller Verständigen sicher. Alle Berichte über Ausschreitungen bei Gelegenheit von Arbeitseinstellungen stimmen darin überein, daß die Hauptschuld immer den jugendlichen Arbeitern zufällt, die aus Uebermuth und in Folge von Zuchtlosigkeit die Gesetze in unverantwortlicher Weise verachten. Sie sind es regelmäßig, welche dem Streik den verderblichen Charakter geben, solche, die die Arbeit fortsetzen wollen, daran hindern und durch Widerstand gegen die Sicherheitsmannschaften und gegen das Militair Blutvergießen herbeiführen. Hier handelt es sich also um Verstopfung der Hauptquelle von Aufruhr und Verhöhnung jeglicher Autorität.

Die Socialdemokraten rühmen sich, daß bei ihnen die Kinder sich meist selbst überlassen sind und dadurch frühzeitig daran gewöhnt werden, den Kampf ums Dasein aufzunehmen, sie lassen aber die Kehrseite unerwähnt, nämlich die sittliche Verwahrlosung, welche die Sorglosigkeit der Eltern bei den Kindern zur Folge hat, die schrankenlose Einwirkung des bösen Beispiels. Der verständige Theil der Arbeiter leidet unter der Zuchtlosigkeit des jugendlichen Nachwuchses nicht minder wie die übrige Gesellschaft, welche dem Uebermuthe dieser rauflustigen Bande oft schutzlos preisgegeben ist.

Die Aufforderung an die Arbeiter, welche in diesem Theile der Thronrede enthalten ist, selbst für Aufrechthaltung von Ordnung, Zucht und Sitte in ihren Reihen Sorge zu tragen, wird hoffentlich Berücksichtigung finden, weil andernfalls diese Aufgabe ausschließlich den Sicherheitsorganen zufallen würde. Es gilt, im zarten Kindesalter die Keime von Zucht und Sitte zu pflegen, wenn die Kinder erst herangewachsen sind und das 14. Lebensjahr vollendet haben, dann ist in der Regel nicht mehr viel zu bessern. Wir sehen das täglich an der Rohheit einer großen Anzahl von Fortbildungsschülern. Bei diesen Früchten ist die Mühe des Lehrers vergeblich, es bleibt ihm nichts übrig, als zu strafen oder die bildungsunfähigen Elemente aus der Schule zu weisen. Auch die Volksschule allein kann die Verwahrlosung der Kinder nicht ausgleichen, nur die elterliche Autorität kann das Schlimmste abwenden.

Die Thronrede kommt dann noch einmal auf den wesentlichen Inhalt der beiden Erlasse vom 4. Februar zurück, indem sie daran erinnert, daß es sich bei dieser Reform nur um solche Maßnahmen handeln kann, welche ohne Gefährdung der vaterländischen Gewerbthätigkeit und damit der wichtigsten Lebensinteressen der Arbeiter selbst ausführbar sind. Unsere Industrie bilde nur ein Glied in der wirthschaftlichen Arbeit derjenigen Völker, welche an dem Wettbewerb auf dem Weltmarkte theilnehmen. Der Kaiser spricht bei dieser Gelegenheit den Beschickern der von ihm angeregten internationalen Arbeiterschutz-Conferenz seinen Dank dafür aus, daß diese Anregung bei allen betheiligten Staaten und besonders auch dort eine gute Stätte gefunden habe, wo der gleiche Gedanke bereits angeregt und seiner Ausführung nahe gebracht war. Die Beschlüsse der Conferenz erfüllen den Kaiser mit Befriedigung, weil sie den Ausdruck gemeinsamer Anschauungen über das wichtigste Culturgebiet unserer Zeit bilden, und weil sie hoffentlich zum Segen der Arbeiter aller Länder gereichen und auch für die Beziehungen der Völker unter einander nicht ohne einigende Frucht bleiben werden.

Was der Kaiser über unsere auswärtigen Beziehungen sagte, ist geeignet, das Vertrauen auf die Erhaltung des Friedens auf die denkbar festeste Grundlage zu stellen. Der Kaiser konnte es mit Stolz behaupten, daß es ihm gelungen sei, bei allen auswärtigen Regierungen das Vertrauen auf die Zuverlässigkeit seiner Friedenspolitik zu befestigen. Aber die Sicherheit des Friedens beruht auf den bestehenden Machtverhältnissen, jede Verschiebung derselben gefährdet das politische Gleichgewicht und damit die Gefahr für den Erfolg der Friedenspolitik. Und deshalb dürfe die durch die unerwartet bedeutende Erweiterung und Vervollkommnung der Heereseinrichtungen der Nachbarstaaten bedingte Erhöhung der Friedenspräsenzstärke und Vermehrung der Truppenkörper, insbesondere der Feldartillerie, nicht länger hinausgeschoben werden. Wir haben bereits gestern an dieser Stelle unsere volle Zustimmung zu dieser Vermehrung ausgedrückt, weil wir die Ueberzeugung haben, daß sie einem dringenden Bedürfniß entspricht. Die Motivirung der Maßregel läßt erkennen, daß lediglich dieses Bedürfniß dabei bestimmend gewesen ist.

Der Abschnitt der Thronrede, welcher der Colonialpolitik gewidmet ist, überrascht durch seine Kürze. Es ist darin nur mitgetheilt, daß die zur Unterdrückung des Sclavenhandels und zum Schutz der deutschen Interessen eingeleitete Action Fortschritte gemacht hat und daß voraussichtlich die Ruhe in jenem Gebiete bald wieder vollständig hergestellt sein wird. Der Expedition Emin Paschas ist mit keinem Worte gedacht. Dieses Schweigen ist bezeichnend und wird in England ohne Zweifel verstanden und gewürdigt werden.

* * *

* Die „Nationalliberale Correspondenz" bemerkt über die Thronrede:

Das Arbeitsprogramm, welches die Thronrede der ersten Session des neuen Reichstages stellt, enthält nach Allem, was man in letzter Zeit erfahren hatte, keine Ueberraschung mehr. Arbeiterschutzgesetz, Gewerbegerichte, Heeresverstärkung, Gehaltsaufbesserung von Reichsbeamten und Fortsetzung der colonialpolitischen Action in Ostafrika sind alles Dinge, von denen die Presse seit Wochen, ja seit Monaten voll gewesen ist. Die Bedeutung der Thronrede liegt mehr in der Weise, wie diese verschiedenen Aufgaben zu einem Gesammtbilde zusammengefaßt erscheinen. Den beherrschenden Platz in diesem Bilde nimmt die Socialpolitik ein. Das Streben nach Verbesserung des Looses der arbeitenden Classen steht seit einem Jahrzehnt an der Spitze der deutschen Reichspolitik, es ist durch die Initiative unseres Kaisers zu einem leitenden Gesichtspuncte der Weltpolitik geworden. Diese Thatsache mußte selbstverständlich in ihrem vollen Umfange auch bei der Eröffnung des neuen Reichstags zum Ausdruck gelangen. Die Gedanken, welche die Thronrede in dieser Richtung enthält, decken sich im Großen und Ganzen mit den kaiserlichen Erlassen vom 4. Februar und der kaiserlichen Kundgebung gegenüber dem preußischen Staatsrathe. Aber ergänzend tritt in ihnen eine deutliche Warnung an die Arbeiter vor den Gefahren maßloser und unerfüllbarer Anforderungen und eine Drohung gegenüber allen etwaigen revolutionairen Versuchen hervor. Es ist Thatsache, daß das Fehlen derartiger Andeutungen in den erwähnten früheren Kundgebungen vielfach mißdeutet worden ist. Vor Allem sind es die socialdemokratischen Agitationen gewesen, die darin ein Zeichen der Schwäche, der Furcht haben erblicken wollen, und es darf nicht geleugnet werden, daß das Unterbleiben einer klaren und bündigen Zurückweisung derartiger Ausstreuungen in den bürgerlichen Kreisen vielfach Verstimmung und Verwirrung erzeugt hatte. Um so mehr ist die energische Sprache der Thronrede, die noch durch einen besonderen rednerischen Nachdruck verstärkt wurde, zu begrüßen. Der betreffende Passus läßt keinen Zweifel darüber, daß die auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen der Socialdemokratie auch ferner mit unbeugsamer Entschlossenheit bekämpft werden sollen. Zugleich aber ist aus dem vollständigen Schweigen über die Frage des Socialistengesetzes nunmehr wohl mit Sicherheit zu entnehmen, daß auf die Erneuerung desselben verzichtet werden soll. Ob man mit den Mitteln des bestehenden gemeinen Rechts die doch unmöglich ganz zu unterlassende präventive Bekämpfung der revolutionairen Gefahr gleich auf die Dauer durchführen zu können, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls ist es die Regierung, welche alle Verantwortung in dieser Beziehung übernimmt, wenn sie die bisherigen Mittel nicht aufs Neue von dem gegenwärtigen Reichstage fordert. Uebernimmt sie diese Verantwortung, so haben wir unsererseits, wie wir schon früher erklärt, nichts gegen den Versuch, mit dem gemeinen Recht auszukommen, und wollen nur hoffen, daß derselbe gelingt. Soll aber das große Werk der socialen Reform gesichert werden, so bedürfen wir dazu des Weltfriedens, und in dieser Richtung liegt die zweite große Aufgabe, welche die Thronrede dem Reichstage stellt. Die Friedenspolitik, welche das schönste Ruhmesblatt des Fürsten Bismarck ausmacht, wird in demselben Geiste weitergeführt. Voraussetzung ihres fortdauernden Erfolges aber ist eine abermalige Verstärkung unserer Wehrkraft. Der Ernst der Gründe, welche die Thronrede für die Nothwendigkeit dieser Verstärkung anführt, läßt erkennen, daß in diesem Puncte die entscheidende Probe auf die Leistungsfähigkeit des neuen Reichstags gemacht werden wird. Wie die Dinge liegen, wird man vertrauen dürfen, daß die Opposition von 1887 ihren Fehler nicht wiederholen wird. Und so darf man einer fruchtbaren Session entgegensehen. —

Die Stellen der Thronrede, welche von der Arbeitergesetzgebung handeln, wurden von der Versammlung mit Beifallszeichen begleitet, die besonders laut bei derjenigen Stelle wurden, in welcher der Kaiser mit besonders kräftiger Betonung von seiner unbeugsamen Entschlossenheit sprach gegenüber jedem Versuche, an der Rechtsordnung gewaltsam zu rütteln.

Leipzig, 8. Mai.

* Von dem Reichskanzler General v. Caprivi verlautete zuweilen, daß er kein so begeisterter Bekenner unserer Colonialpolitik sei, wie vielfach angenommen würde. Am Montag nahm er im Bundesrathe Gelegenheit, in einer längeren Rede sich über die Colonialpolitik auszulassen, die weitere Handhabung der bisher eingeschlagenen in ihrem Umfange, ihren Zwecken und Zielen zu entwickeln. Es war das erste Mal, daß der Reichskanzler vor dieser Körperschaft sprach; und dieses erste Mal war ein vollständiger Erfolg durch die Knappheit, die Klarheit und Präcision seiner Darstellung, durch die wahrhaft künstlerische Behandlung des rednerischen Theiles derselben. Er hat wohl über eine halbe Stunde lang gesprochen. Was seine Stellungnahme zu der ihm von seinem Vorgänger überkommenen Politik betrifft, so hielt sich seine Auslassung darüber vorläufig in Grenzen, die für die nächste Zeit weder Erwartungen noch Befürchtungen wegen eines „neuen Curses" eröffneten. — Die „Kölnische Zeitung" bringt folgendes Telegramm aus Berlin: Der Reichskanzler v. Caprivi hat in der letzten Zeit eine Reihe unserer hervorragendsten Colonialpolitiker empfangen und sich über die Verhältnisse in unseren Schutzgebieten eingehend Bericht erstatten lassen. Er hat dabei mehrfach betont, daß er von seiner bekannten früheren Abneigung gegen die Colonialpolitik noch nicht bekehrt sei und daß er deshalb nur sehr vorsichtig an die Lösung der an ihn herantretenden Aufgaben gehe; aber darüber ließ er ebenso wenig Zweifel, daß er jetzt mit den Dingen, wie sie nun einmal liegen, rechnen werde, er könne die bisherige Colonialpolitik nicht ungeschehen machen, also gelte es jetzt, aus dem, was bisher geschehen, den größtmöglichen Nutzen für das Reich zu ziehen. Auch sei es klar, daß ein Stillstand in der Entwickelung mit einem Rückschritt gleichbedeutend sei, zu einem Rückschritt aber werde er sich nicht bereit finden lassen. Es sei deshalb unbedingt nothwendig, in der Pacificirung des deutschostafrikanischen Schutzgebietes fortzufahren und dabei solche Anordnungen und Einrichtungen zu treffen, welche die dauernde Aufrechterhaltung von Frieden und Ordnung verbürgten.

* Ueber die Vertretung der deutsch-conservativen Partei in der Berliner Presse schreibt die freiconservative „Post":

Die deutsch-conservative Partei Berlins war bisher bekanntlich so eigenthümlich gestaltet, daß in derselben im Wesentlichen nur die politisch und kirchlich extreme Richtung zu Worte kam. Jedenfalls fehlte es an einem großen hauptstädtischen Blatte, welches mit der parlamentarischen Vertretung der conservativen Partei enge Fühlung gehabt hätte und als Vertreter der Gesammtauffassung derselben anzusehen war. Die „Conservative Correspondenz" vermochte diesen Mangel nur in sehr ungenügendem Maße auszugleichen. So wichtig es für einen Theil der Provinz-Presse sein mochte, in der Richtung der deutsch-conservativen Partei durch sie dirigirt zu werden, gerieth die überwiegende gemäßigte Richtung innerhalb derselben doch in der öffentlichen Discussion durch die einseitige Gebahrung der deutsch-conservativen hauptstädtischen Partei ins Hintertreffen. Wir haben zu wiederholten Malen die Nachtheile dieses Zustandes sowohl für die deutsch-conservative Partei selbst, als für das Zusammengehen der conservativen Parteien nachdrücklich hervorgehoben und die deutsch-conservative Parteileitung aufgefordert, für eine geeignete Vertretung des Parteistandpunctes in der Berliner großen Presse zu sorgen.

Dieser Aufforderung ist jetzt entsprochen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" bringt die Erklärung, daß sie in nahe Fühlung mit der parlamentarischen Vertretung der deutschconservativen Partei getreten sei. Diese besitzt also jetzt ein großes Organ, in welchem ihre Gesammtauffassung vertreten wird und welches somit die empfindlichste Lücke in der Gliederung der Berliner Presse auszufüllen bestimmt ist. Wir begrüßen den Vorgang mit Genugthuung und wünschen eine gedeihliche Entwickelung.

Dazu wird freilich etwas mehr gehören, als die blosse Fühlung der Partei mit der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung". Schon daß es gerade dieses Blatt ist, mit welchem die deutschconservative Parteileitung in Verbindung tritt, bereitet einige Schwierigkeiten. Aber die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" wird auch im Ganzen ein ganz anderes Blatt werden und einen ganz anderen Leserkreis gewinnen müssen, wenn die deutschconservative Partei in ihr eine wirksame Vertretung finden soll. Ihre publicistische Bedeutung beruhte so ziemlich ausschließlich auf ihren officiösen Beziehungen, insbesondere zu dem Reichskanzlerpalais. Diese lieferten in dem Grade den Kern ihres geistigen Inhalts, daß der Rest ziemlich abfiel, und bestimmten in der Hauptsache auch den Leserkreis.

Jetzt ist diese officiöse Mitarbeit fortgefallen und damit der besondere Reiz, welcher die übrigen Theile der Zeitung zurücktreten ließ. Ohne guten Ersatz wird die deutschconservative Partei in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" daher schwerlich ein so lebenskräftiges Organ finden, wie sie es verdient und wie es der Bedeutung der Partei entspricht. Wir zweifeln indessen nicht, daß, nachdem der erste entscheidende Schritt gethan ist, der deutschconservativen Richtung ein eigenes großes Blatt in Berlin zu sichern, das Uebrige bald nachfolgen wird.

* Die immer mehr überhand nehmende katholisirende und der evangelischen Kirche feindselige Richtung in der deutschfreisinnigen Partei fängt bereits an, den Unwillen der eigenen Parteipresse zu erregen, wie eine treffende Erörterung der „Neuen Stettiner Zeitung" beweist. Diese Tendenz ist neuerdings besonders bei der Berathung der Speergeldervorlage zum Vorschein gekommen und ihr Vertreter war in erster Linie der Abg. Rickert, der, seitdem